



Bürokratie-Faden entwirrt

Vertreterversammlung der KZVB

Wie ein roter Faden zog sich die Unzufriedenheit mit der Bürokratie im Gesundheitswesen durch die Vertreterversammlung (VV) der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns am 3. Juni 2005 im Münchner Zahnärztheaus. Die Redebeiträge und Beschlüsse, etwa zum Umgang mit den Festzuschüssen oder zur Vereinfachung der Geschäftsordnung, haben mehrere Knoten in der Bürokratie-Schnur zerschnitten oder zumindest entflochten.

Dr. Janusz Rat, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB), beklagte, die Gesetze im Gesundheitswesen würden immer umfangreicher und undurchschaubarer. Er verglich die Gesundheitspolitik mit einer „Hydra, genährt an den Brüsten der politischen Parteien“. Schon für das kommende Jahr visiere die Gesetzliche Krankenversicherung neue Beitragssatzsteigerungen an. Rat stellte fest: „Viel Geld wird eingesetzt, um Instrumente zur Kostendämpfung zu schaffen.“ Exemplarisch nannte er das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) und die elektronische Gesundheitskarte „eine Wirtschaftsförderung auf Kosten des Gesundheitswesens“. Die Kosten für die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte pro Praxis – eine hervorragende IT-Ausstattung vorausgesetzt – bezifferte Rat auf mindestens 2.500 Euro. Die Folgekosten, etwa für digitales Röntgen, seien darin noch nicht enthalten.

Zehn Punkte im Zeitplan

Der stellvertretende Vorsitzende der KZVB, Dr. Martin Reißig, bedankte sich bei den Mitarbeiterinnen der Abrechnungs- und Beratungsstelle, die mit Überstunden die Einführung der Festzuschüsse gemeistert und eine Flut von rund 6.500 Faxen abgearbeitet hatten. Die Anforderungen, die der Vorstand Anfang des Jahres in einem Zehn-Punkte-



Fotos: Höpfner

Bei aller Kritik sind sich die Delegierten einig, dass die Vorteile der Festzuschüsse überwiegen.

Programm an sich selbst gestellt hatte, seien teils erfüllt, teils auf bestem Wege. „Das Einschwören der Verwaltungsmitarbeiter auf die neue Führung melde ich als erledigt“, formulierte Reißig mit einem Augenzwinkern. „Jetzt bewegen wir uns im professionellen Bereich der Quartalsberichte.“ Auch die Zusammenarbeit mit den KZVen Baden-Württemberg und Niedersachsen klappe hervorragend, was bei einer gemeinsamen Vorstandssitzung in München deutlich wurde.

Mit Bonuslächeln Zähne zeigen

„Unser Haupteinfluss bleibt auf der Bundesebene“, bekräftigte Rat, sei es durch Mitarbeit in den Gremien der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung oder durch eine enge Kooperation mit anderen Kassenzahnärztlichen Vereinigungen. „Die KZVen Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen stellen die zahnmedizinische Versorgung von 32 Millionen Bundesbürgern sicher. Gegenüber den bundesweit organisierten Ersatzkassen bekommen wir bei Verhandlungen mehr Gewicht, wenn wir uns auf Bundesebene organisieren.“

Ausgesprochen positiv bewertete der KZVB-Vorsitzende die Entscheidung des Bundesschiedsamtes vom 1. Juni 2005 zum Heil- und Kostenplan (HKP). Die Zahnärzte konnten sich laut Rat mit ihren Forderungen durchsetzen, während die Krankenkassen mit sämtlichen Anträgen abblitzten. Die



Die Geschlossenheit der Versammlung spiegelt sich auf dem Podium wider. Oben der stellvertretende Justiziar der KZVB, Andreas Mayer, Versammlungsleiter Dr. Alexander Süllner und sein Stellvertreter Dr. Günter Schneider; unten der Vorstand mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Martin Reißig und dem Vorsitzenden Dr. Janusz Rat



Dialog am Infostand zur Kampagne Bonuslächeln im Foyer: Dr. Elisabeth Müller (GFBZ, Schwaben) und Dr. Nicol Dudek (ZZB, Unterfranken)

Faktorbegrenzung auf den 2,3-fachen GOZ-Satz und der maschinenlesbare HKP seien zum Beispiel vom Tisch. Unmittelbar vor Beginn der Schiedsamtverhandlung habe das Magazin *Stern* eine Vorabmeldung veröffentlicht, wonach es seit Einführung der Festzuschüsse bei den Patienten-Zuzahlungen angeblich eine Kostenexplosion gegeben habe. Der Stern berief sich dabei auf eine „interne Auswertung der AOK Bayern“. „Wir halten mit unseren Hörfunk-Spots voll dagegen“, betonte Rat. Und er zog zur VV Zwischenbilanz: „Mit dem Online-Fragebogen auf der Internetseite www.bonuslaecheln.de haben zwei Drittel der Teilnehmer die Spots positiv bewertet.“

KZVB-Geschäftsführer Dr. Walter Donhauser informierte die Delegierten darüber, dass die Kündigung der Kieferorthopädie-Abrechnung um neun Monate auf den 30. Juni 2006 verschoben worden war. Geplant sei eine europaweite Ausschreibung.

Julika Sandt

Beschlüsse

Die Vertreterversammlung der KZVB forderte die Krankenkassen per Beschluss auf, „in deren Pressearbeit auf tendenziöse Inhalte zu Gunsten sachlicher Information zu verzichten.“ Schließlich sei die Komplexität der Festzuschüsse (FeZ) Ergebnis einer Regelungswut der GKV-Bundesverbände. Bei aller Kritik, die beide Fraktionen an der Ausgestaltung der FeZ äußerten, waren sie sich einig, dass ein Rückfall ins Budget verhindert werden müsse. Der VV-Beschluss bringt auf den Punkt, dass für praktisch alle Betroffenen der neuen Regelung die Vorteile überwiegen:

- „ - Die FeZ sind sozial gerechter als die alte prozentuale Bezuschussung.
- Die FeZ eröffnen den Versicherten der Krankenkassen eine wesentlich verbesserte Mitsprache und Entscheidungsfreiheit bei der Versorgung mit Zahnersatz.
- Die FeZ sind geeignet, die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenkassen zu senken. Daran sollten auch die Krankenkassenverbände ein Interesse haben.“

In einer Resolution bestätigten die Delegierten einstimmig die ABZ eG als wirtschaftliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Die Zahnärzteschaft dürfe die ABZ eG keinesfalls politisch vereinnahmen.

Als weitere Mitglieder (Stellvertreter) der Widerspruchsstelle 1 der KZVB wählte die Vertreterversammlung Dr. Guido Oster aus Euerbach, Dr. Bernd Rehberg aus Erding, Dr. Henning von Hesler aus Erlangen und Dr. Horst-Dieter Wendel aus Bayreuth.

Geschlossen verabschiedeten die VV-Mitglieder Änderungen der Geschäftsordnung, die der verschlankten VV Rechnung tragen und die Protokollierung beschleunigen.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde eine Ergänzung der Satzung um folgenden Absatz: „Zur Unterrichtung und Meinungsbildung sind die Bereiche der Bezirksstellen im Einvernehmen mit dem Vorstand der KZVB in Obmannsbezirke zu unterteilen. Jedem Obmannsbezirk steht ein Obmann vor. Das Nähere dazu wird bestimmt durch die Vertreterversammlung.“